

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **98 (2001)**

Heft 10

PDF erstellt am: **09.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Mutterschaftsschutz: Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) will als Minimallösung die im Juni von 108 NationalrätInnen unterzeichnete parlamentarische Initiative Triponez aktiv unterstützen. Die EKFF plädiert weiterhin für die Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung, verlangt als Minimallösung jetzt aber die Einführung eines Mutterschaftsurlaubes mit einem Lohnanspruch von 14 Wochen für alle erwerbstätigen Frauen. Die vom Justiz- und Polizeidepartement im Juni in die Vernehmlassung geschickte Revision des Obligationenrechtes für einen Mutterschaftsurlaub lehnt sie ab. Die zwei Varianten schützten nicht alle erwerbstätigen Frauen und beinhalteten eine Benachteiligung von Frauen im gebärfähigen Alter sowohl bei der Anstellung

wie auch bei der Fortsetzung der beruflichen Karriere, begründet die EKFF.

3. Kind prämienfrei: In der Herbstsession hat der Nationalrat mit 75 zu 74 Stimmen beschlossen, Krankenkassenprämien für Familien zu reduzieren: So soll die Prämie für das zweite Kind halbiert werden, das dritte Kind und alle weiteren Kinder sollen gar nicht mehr prämienpflichtig sein – sofern ein Elternteil bei der gleichen Kasse versichert ist wie die Kinder. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit wurde beauftragt, eine Vorlage basierend auf der vom Rat hauchdünn genehmigten CVP-Initiative, zu erarbeiten. Noch sind die Familienbudgets also nicht wirklich entlastet: Die entsprechende Vorlage muss zuerst der Nationalrat, dann der Ständerat genehmigen.

Nachlassvertrag, Privatkonkurs, Weiterleben mit Schulden?

Bei Kursbeginn leert ein überschuldetes Paar den sprichwörtlichen Plastiksack voller Rechnungen, Mahnungen und Abholungseinladungen auf den Tisch. Aus dem Haufen entsteht ein Sanierungsdossier. Die KursteilnehmerInnen durchlaufen mit dem Beratungsteam des Vereins Schuldensanierung Bern die Etappen einer Schuldensanierung: Sie befassen sich mit den Rechtsproblemen des Schuldenbergs (Steuern, Krankenkassen, Leasing, Konsumkredit), lernen die einvernehmliche pri-

vate Schuldenbereinigung kennen und untersuchen, wozu der Privatkonkurs nach der Revision des SchKG noch taugt und welche neuen Probleme er bringt.

Datum/Ort: 20./21. November 2001, 9–17 Uhr, Monbijoustrasse 61, Bern.

Kosten: Fr. 660.– (Mitglieder Verein Schuldensanierung Bern Fr. 590.–) inkl. Kursunterlagen, ME, Pausenverpflegung.

Auskunft/Anmeldung: Verein Schuldensanierung, Monbijoustrasse 61, 3000 Bern 23, Tel. 031/371 84 84, Fax 031/372 30 48.